

6.5.97). Lediglich in Zambia und Tanzania haben in den vergangenen Jahren auch Beziehungen konkret materieller Art stattgefunden - man denke an das noch unter Mao Zedong begonnene und für China so teuer gewordene Tanzam-Projekt, d.h. die 1.900 km lange Eisenbahnlinie vom kupferreichen Zambia zum tanzanischen Hafen von Dar Es-Salaam.

Für den Weiterbetrieb der Tanzam-Eisenbahn stellte China auch beim Li Peng-Besuch weitere 50 Mio. Yuan (rd. 6 Mio. US\$) zur Verfügung, und zwar als zinsfreies Darlehen (XNA, 7.5.97).

„Wenn das 20. Jh. das Zeitalter der Befreiung für Afrika war, so steht das 21. Jh. im Zeichen der Entwicklung Afrikas“ (XNA, 16.5.97): Solche und ähnliche „große Worte“ fanden sich zur Fülle im Reisegepäck Li Pengs.

Immer wieder auch war von einem „neuen Kapitel in der chinesisch-afrikanischen Freundschaft“ die Rede (XNA, 16.5.97), wobei der Gast allerdings die Erklärung schuldig bleibt, worin diese angeblich „neue“ Qualität besteht.

Auch die Formel, daß China (und z.B. Nigeria) „gleiche oder ähnliche Ansichten über internationale Fragen“ hätten, gehörten zum Wortritual der Li Peng-Reise (XNA in SWB, 13.5.97).

Mehrmals bei seinem Afrika-Besuch kam Li Peng auf die Fünf-Punkte-Erklärung zurück, die Jiang Zemin im Mai 1996 abgegeben hatte und die folgende Vorschläge umfaßt: (1) ehrliche Freundschaft „durch dick und dünn“, (2) keine Einmischung in innere Angelegenheiten, (3) Entwicklung der Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens, vor allem im Bereich des Handels, (4) verstärkte Konsultationen im Bereich internationaler Angelegenheiten und (5) Durchsetzung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz im Bereich der Politik und der Wirtschaft (dazu C.a., 1996/5, Ü 3; XNA, 16.5.97).

Zu den „großen Worten“, die Li Peng wiederholte, gehörten auch die „drei Vorschläge für die weitere Konsolidierung und Entwicklung der sinoafrikanischen Freundschaft und Zusammenarbeit in der neuen Situation“ des chinesischen Vizeministerpräsidenten Zhu Rongji vom 25.7.95. Die „drei Vorschläge“ lauten: „Ausdehnung der gegenseitigen Unterstützung bei der Schaffung einer weltweit günstigen

Atmosphäre für Friede und Stabilität, Verstärkung der freundschaftlichen Konsultationen, um dadurch eine bessere internationale Wirtschafts- und Handelsatmosphäre zu schaffen und Entwicklung einer allen Seiten nützlichen Zusammenarbeit bei der Entwicklung.

Auf diese „drei Vorschläge“ kam Li Peng während seiner Afrikareise mehrere Male zurück (XNA, 4.5.97).

Auch die OAU wurde von Li Peng - wie seit vielen Jahren üblich - in höchsten Tönen gepriesen. In der Tat kann man es den Chinesen glauben, daß sie gerne eine großafrikanische Einheit sähen, die ja sogleich antihegemonistische Qualitäten entfalte!

Nicht zuletzt aber tauchte auch immer wieder die Formel auf, daß die besuchten Länder weiterhin an ihrer „Ein-China-Politik“ festhalten wollten (XNA, 11.5. und 13.5.97).

Die afrikanische Seite ist sich durchaus bewußt, daß chinesische Entwicklungshilfeleistungen meist eher den Charakter von Gesten, als von wirklicher substantieller Unterstützung haben. Lediglich Zambia und Tanzania haben bisher erfahren dürfen, daß die chinesische Hilfe etwa ähnliches materielles Gewicht hat wie es bei der Unterstützung aus vielen westlichen Ländern der Fall ist.

Sie schätzen an China aber, wie sie zumindest betonen, dessen guten Willen und nicht zuletzt die Tatsache, daß China den Afrikanern auch psychologisch immer wieder unter die Arme gegriffen und „ihre Fähigkeit sowie ihr Selbsthilfvertrauen bestärkt hat“ (so der zambische Präsident Chiluba am 5. Mai, XNA, 7.5.97).

Der heikle Fall DR Kongo

Daß ein Land wie Kongo/Zaire, das sich inzwischen „Demokratische Republik Kongo“ nennt, nicht auf der Besuchliste Li Pengs stand, ist angesichts der monatelangen kriegerischen Auseinandersetzungen, die dieses Land 1996/97 heimgesucht haben, fast selbstverständlich. Während der heißen Phase des Zaire-Konflikts hatte sich die VR China still im Hintergrund gehalten und jegliche Stellungnahme vermieden. Kaum aber war der neue Staatschef Kabila an die Macht gelangt, hatte die VR China auch schon alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Taiwan nicht zum Zuge kommen zu lassen. Mittlerweile scheint es seine Ziele erreicht zu haben: am 11. Juni hatte der VRCh-

Botschafter in der DR Kongo, Huang Shijiao, Gelegenheit, mit dem neuen Staatspräsidenten Laurent-Desiré Kabila ein 45-minütiges Gespräch zu führen, bei dem der neue „starke Mann“ des Landes versprach, „gute Beziehungen mit China“ pflegen zu wollen (XNA, 12.6.97).

Ob Beijing sich auf dieses Versprechen verlassen kann? In der VR China scheint man dies anzunehmen; zeigt doch die Erfahrung, daß Taiabei sich nur bei kleineren Staaten des Kontinents „einkaufen“ kann, daß die großen aber nolens volens bei Beijing bleiben. -we-

Innenpolitik

4 Modernisierung der Steuerverwaltung: Neue Methoden und Technologien

Die Durchsetzung der umfassenden Reformen des Steuersystems, die in den Jahren 1993 und 1994 eingeleitet wurden, wird durch die Rückständigkeit der chinesischen Steuerverwaltung mit ihren rund 600.000 Mitarbeitern behindert: Steuerhinterziehung, Rechnungs- und Bilanzmanipulationen sowie Bestechung von Finanzbeamten sind zu einer Praxis geworden, der die Steuerbehörden kaum Herr werden können. Deshalb gehört die Reform der Steuerverwaltung in China (wie auch in vielen postkommunistischen Staaten und Entwicklungsländern) zu den Schwerpunkten der allgemeinen Reorganisation und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung.

Drei Maßnahmen können die Anstrengungen illustrieren, die von den chinesischen Steuerbehörden mit regional sehr unterschiedlicher Energie unternommen werden:

* In den Küstenregionen sind viele Steuerbehörden von der alten, wenig effektiven und korruptionsanfälligen Methode abgekommen, die Steuern bei Ortsterminen in Betrieben und Haushalten unmittelbar einzufordern. Statt dessen nehmen die Behörden inzwischen häufig einseitig eine Schätzung der Einkünfte vor, um dann die Steuerschuldner zu einem Termin in der Behörde vorzuladen. Wer nicht erscheint und seine Steuerschuld begleicht, muß mit

schweren Geldstrafen rechnen. Der Behördenwillkür ist durch eine solche Praxis weiterhin Tür und Tor geöffnet, zumal vielen Steuerverwaltungen von übergeordneten Regierungsstellen verbindliche „Quoten“ der einzunehmenden Steuern auferlegt werden.

* Gewaltvoller Widerstand gegen Finanzbeamte ist in China ein verbreitetes Phänomen. Immer wieder kommt es zu Zwischenfällen, wenn etwa Mitarbeiter von Kreissteuerbehörden ländliche Siedlungen aufsuchen, um dort die fälligen Steuern einzutreiben. Hunderte von Steuerbeamten werden jedes Jahr im Dienst verletzt, mindestens 30 sollen seit Mitte der achtziger Jahre umgekommen sein. Solchen Widerstandshandlungen sucht die Staatliche Steuerhauptverwaltung in Beijing neuerdings durch den Aufbau einer bewaffneten Steuerpolizei entgegenzutreten, die in ländlichen Regionen bereits mehrfach zum Einsatz kam.

* Im privaten Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Vergnügungsgewerbe gehören Steuerhinterziehung und die Bestechung von Angehörigen der Aufsichts- und Steuerbehörden zur gängigen Praxis. Um diesen Mißständen entgegenzutreten, testet die Staatliche Steuerhauptverwaltung derzeit in mehreren „Pilotstädten“ (darunter Beijing, Qingdao und Xi'an) mit neuer Technologie ausgestattete Kassenapparate, die eine direkte Kontrolle des Geschäftsumsatzes und damit eine einfache Berechnung des fälligen Steueranteils ermöglichen sollen. Im Juni hat die Steuerhauptverwaltung zusammen mit dem Finanzministerium, dem Ministerium für Binnenhandel, dem Ministerium für die Elektroindustrie sowie der Staatlichen Industrie- und Handelsverwaltung eine diesbezügliche Verordnung ausgegeben: Betriebe in den drei Schwerpunktbranchen werden darin verpflichtet, die neuen Kassenapparate zu kaufen und zu benutzen. Manipulationen werden mit hohen Geldstrafen geahndet. Allein durch diese Maßnahme hoffen die Steuerbehörden auf Mehreinnahmen in Höhe von 10 Mrd. Yuan RMB.

In den vergangenen zwei Jahren hat sich die Arbeit der Steuerbehörden offenbar tatsächlich verbessert: Erstmals seit fünfzehn Jahren soll 1995 und 1996 nach Angaben des Finanzministeriums das Wachstum der Staatseinnahmen das Wachstum der Staatsausgaben deutlich übertroffen haben. Insbesondere die in China noch junge Einkommensteuer ist

seit dem letzten Jahr zu einer wichtigen neuen Einnahmenquelle für die öffentlichen Haushalte geworden. Der Anteil der Staatseinnahmen am BIP sei 1996 leicht auf 10,9% gestiegen (was im internationalen Vergleich immer noch ein sehr niedriger Wert ist). Der Anteil der Zentralregierung an den gesamten Haushaltseinnahmen habe sich 1996 auf immerhin 49,5% belaufen und bewege sich deutlich über dem Niveau, das vor der Reform des öffentlichen Finanzsystems und der Einführung des Steuerverteilungsvorgangs die fiskalische Kapazität der Zentralregierung stark begrenzt habe.

Die Zentralregierung habe nun etwas mehr Spielräume für die Förderung des Bildungswesens und der technologischen Modernisierung sowie für die Armutsbekämpfung und die Entwicklung der Binnenregionen. Diese Anfangserfolge in der Konsolidierung des Staatshaushaltes seien weiterhin durch Rückschläge gefährdet. Die in den letzten Jahren sprunghaft vermehrte Ausgabe von hochverzinsten Staatsschuldverschreibungen stelle das schwierigste mittelfristige Problem für den Staatshaushalt dar. (AWSJ, 12.6.1997; SCMP, 19.6./8.7.1997) -hei-

5 Chongqing als Regierungsunmittelbare Stadt etabliert: Wirtschaftliche Sonderrechte und politische Reibungen

Die im März vom Nationalen Volkskongreß zur Regierungsunmittelbaren Stadt erhobene südwestchinesische Metropole Chongqing ist nach den Gründungstagungen des Parteikomitees, des Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz nun auch politisch-administrativ vollständig etabliert. In den jeweiligen Gründungswahlen wurden - nach Vorgaben der Beijinger Parteizentrale - der Parteisekretär des Parteikomitees sowie die Vorsitzenden von Volkskongreß und Politischer Konsultativkonferenz bestimmt. Diese Leitungskräfte sind nun ihren Pendanten in Regierungsunmittelbaren Städten wie Beijing, Tianjing oder Shanghai gleichgestellt. Auf der Volkskongreßtagung wurde zugleich die Führung der Stadtregierung, des Oberen Volksgerichts und der Volksstaatsanwaltschaft gewählt.

Der höchstrangige Funktionär in Chongqing ist der nun offiziell benannte Parteisekretär Zhang Delin

(Jahrgang 1939), der als Absolvent der Qinghua-Universität zur mit Abstand einflußreichsten Alumni-Gruppe in der chinesischen Politik gehört und zuvor als Bürgermeister in der nordostchinesischen Großstadt Harbin sowie als Vizeminister in den Ministerien für Maschinenbau bzw. Elektroindustrie gearbeitet hat. Seit 1995 arbeitet Zhang schon als Parteisekretär in Chongqing und wurde im Zuge der administrativen Aufwertung der Stadt nun mitbefördert. In seiner Rede vor dem neu zusammengetretenen Parteikongreß rief Zhang die anwesenden Kader dazu auf, sich von alten „ideologischen Beschränkungen“ und Haarspaltereien zwischen „kapitalistischen“ und „sozialistischen“ Methoden freizumachen. Mutige Initiativen und Kreativität seien nun gefragt.

Darüber hinaus wurden Pläne der von Bürgermeister Pu Haiqing geleiteten neuen Stadtregierung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung (darunter auch das ambitionierte Umsiedlungsprogramm) im Volkskongreß diskutiert und verabschiedet. Unter anderem ist geplant, das BIP im Verwaltungsgebiet Chongqings von 1995 bis zum Jahr 2010 zu vervierfachen und Chongqing damit zum führenden Wirtschaftszentrum Südwestchinas zu machen. Ein stellvertretender Bürgermeister kündigte an, daß Chongqing von der Zentralregierung die gleichen wirtschafts-, investitions- und steuerpolitischen Privilegien wie die Entwicklungszone Pudong in Shanghai erhalten werde.

Daß der politische und administrative Aufbau der neuen Metropole nicht ohne interne Reibungen verläuft, machen Mahnungen von Ministerpräsident Li Peng anlässlich seines Besuchs im Juni deutlich: Li rief in erstaunlich offenen Worten zur Einigkeit zwischen den „alten“ lokalen Kadern und den „neuen“, aus anderen Provinzen und aus Beijing nach Chongqing berufenen Kadern auf. Die Neuankömmlinge müßten anerkennen, daß viele der alteingesessenen Kader wichtige Beiträge zur Entwicklung Chongqings geleistet hätten. Von den neu eingetroffenen Kadern werde erwartet, daß sie Chongqing auf neue Höhen führten. Junge und alte Kader müßten kooperieren. Li Peng hat offenbar Grund zu der Annahme, daß rivalisierende Kadergruppen in Chongqing gegeneinander arbeiten könnten. (Xinhua, 8./11./15./18.6.1997; SCMP, 28.5./19.6./3.7.1997) -hei-

6 Arbeiterunruhen in Sichuan: Lohnrückstände, Konkurse und Korruption

In der Provinz Sichuan ist es in den letzten Monaten zu mehreren schweren Arbeiterunruhen gekommen. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen Beschwerden über ausbleibende Lohnzahlungen in defizitären Staatsunternehmen, anstehende Konkursverfahren oder Klagen über die Veruntreuung von Regierungssubventionen und Bankkrediten, die zur Unterstützung der Belegschaften in zahlungsunfähigen Betrieben bestimmt waren.

Bereits im März kam es in Nanchong (Provinz Sichuan) zu schweren Unruhen: Mehr als 20.000 Arbeiter einer Textilunternehmensgruppe führten den der Korruption verdächtigten Fabrikdirektor in kulturrevolutionärer Manier durch die Stadt und belagerten Regierungsgebäude, um eine Lösung ihrer finanziellen Probleme zu erzwingen. Erst eine Intervention der Zentralregierung zugunsten der Arbeiter beendete die Massenproteste: Eine Staatsbank wurde angewiesen, Kredite für die Auszahlung der Lohnrückstände bereitzustellen. (SCMP, 19.6.1997) Von größeren Polizeimaßnahmen wurde im Falle Nanchongs nichts bekannt.

In Mianyang (ebenfalls in Sichuan) eskalierten Anfang Juli wochenlange Konflikte zwischen Belegschaft und Management in mehreren Textilfabriken, und es kam zu schweren Ausschreitungen: Arbeiter errichteten Barrikaden, blockierten mehrere Stunden den Verkehr und verwüsteten Geschäfte in der Stadt, als die versprochenen Hilfsmaßnahmen der Stadtregierung für die seit Monaten auf Lohnzahlungen wartenden Belegschaften ausblieben. Im Verlaufe der mehrtägigen Proteste kam es zu blutigen Zusammenstößen mit Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei, die die Unruhen schließlich gewaltsam beendeten. (SCMP, 19./21.7.1997)

Die Arbeiterunruhen in der Provinz Sichuan signalisieren, was für einen brisanten sozialen und politischen Sprengstoff die Reform der chinesischen Staatsindustrie in sich birgt: Lohnrückstände und Konkursverfahren bilden in Kombination mit verbreiteter Korruption in Fabrikleitungen und lokalen Regierungen eine hochexplosive Mischung. Die Zahl der offen und verdeckt freigesetzten Arbeiter ist seit 1996 sprunghaft gestiegen, die chinesische Regierung scheint

willens, die überfällige Reform der Staatsindustrie voranzutreiben. Das soziale Konfliktpotential ist bisher nur durch großzügige staatliche Mittelzuweisungen (gewöhnlich nicht in Form von direkten Subventionen aus dem Staatshaushalt, sondern in Form von Krediten der Staatsbanken) im Zaum gehalten worden. Da die chinesische Regierung in der Reorganisation des Staatsektors aber zusehends auf härteren Budgetbeschränkungen besteht, ist für die kommenden Jahre eine erhebliche Zunahme von lokalen sozialen Unruhen zu erwarten. -hei-

7 Mieterproteste in Beijing: Sitzstreik vor Zhongnanhai

Mehrere hundert Mieter, die sich von der städtischen Umsiedlungspolitik und einer Wohnungsbaufirma betrogen fühlten, haben am Morgen und Vormittag des 20. Juni vor den Toren des Partei- und Regierungssitzes Zhongnanhai einen Sitzstreik abgehalten. Den Angehörigen einer Holzmaterialfabrik war versprochen worden, daß sie zu günstigen Konditionen Neubauwohnungen beziehen könnten, wenn sie ihre alten Wohnungen auf dem Fabrikgelände räumten. Die versprochenen neuen Wohnungen waren jedoch zum Zeitpunkt des Umzuges bereits an zahlungskräftigere andere Mieter vergeben worden.

Die Polizei beschränkte sich darauf, die Demonstranten von einem Eindringen in den Regierungssitz abzuhalten und ließ dem Sitzstreik für mehrere Stunden seinen Lauf. Erst am Nachmittag wurden die Demonstranten von neu angerückten Hundertschaften der Polizei ohne größere Gewaltanwendung in bereitgestellte Busse geleitet und offenbar zu ihren Notunterkünften außerhalb des Stadtzentrums zurückgebracht.

In den vergangenen Monaten war es bereits mehrfach zu kleineren Demonstrationen vor dem Sitz der Beijinger Stadtregierung gekommen, die sich ebenfalls um Wohnungsfragen oder auch um Lohnrückstände in maroden Staatsbetrieben drehten. Das Tor zur Regierungszentrale Zhongnanhai aber ist bisher gewöhnlich nur in Ausnahmep Perioden wie etwa der „Kulturrevolution“ oder der Protestbewegung von 1989 zum Ort von Demonstrationen geworden. Die gemäßigte Reaktion der Sicherheitskräfte, für die im Umkreis von Zhongnanhai höchste Alarmbereitschaft besteht, dürfte auf Anweisungen

aus der chinesischen Führungsspitze zurückzuführen sein: Gewaltsame Auseinandersetzungen im Zentrum Beijings sollen wohl möglichst verhindert werden, und die Proteste von Verlierern der Reformpolitik werden offenbar nicht mehr unterscheidungslos als partei- und staatsfeindlich eingestuft. (NZZ, 23.6.1997; SCMP, 21.6.1997) -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

8 Die zehn besten Universitäten Asiens: Darunter drei in Hongkong

In einer von der Zeitschrift *Asiaweek* vorgenommenen Rangordnung der zehn besten Universitäten Asiens rangieren drei Universitäten aus Hongkong. Nach den Universitäten Tokyo und Kyoto, die die beiden ersten Plätze erhielten, wurde die Hong Kong University an dritter Stelle platziert. Den fünften Platz erhielt die Chinese University of Hong Kong und den zehnten die Hong Kong University of Science and Technology. Aus Festlandchina ist nur die Beijing-Universität (Platz 7) vertreten, aus Taiwan die National Taiwan University (Platz 8). Auf Platz 6 kam die National University of Singapore, die Plätze 4 und 9 nehmen die University of New South Wales bzw. die University of Melbourne ein. Ausschlaggebend für die Bewertung waren u.a. die akademische Reputation, die Ausstattung der Fakultäten, die Auswahl der Studenten, das Verhältnis Lehrer-Studenten sowie die durchschnittlichen Gehälter und Vergünstigungen des Lehrpersonals.

Die Hong Kong University wurde 1911 gegründet und ist die älteste Universität Hongkongs. Sie bildet die meisten Angehörigen der öffentlichen Verwaltung aus. Die Chinese University wurde wegen ihres großen Campus und ihrer starken Bindung an die chinesische Kultur ausgewählt, die University of Science and Technology wegen ihrer guten Ausstattung und Studienmöglichkeiten. Mit zunehmendem Wohlstand in der Region, so heißt es von seiten der *Asiaweek*, drängen immer mehr junge Leute auf die Hoch-